

Schreiben von Willy Brandt an Józef Cyrankiewicz (Bonn, 27. Oktober 1970)

Quelle: SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.). Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1970. Band III: 1. September bis 31. Dezember. München: R. Oldenbourg Verlag, 2001. ISBN 3-486-56498-6. auteur:Bundeskanzler Brandt an Ministerpräsident Cyrankiewicz, p. 1846-1848.

Urheberrecht: (c) WBA, A 8 Bundeskanzler, 57

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_willy_brandt_an_jozef_cyrankiewicz_bonn_27_oktober_1970-de-2fobd8c6-a612-47b7-9b56-6c6023f1943d.html



Publication date: 24/11/2016

Bundeskanzler Brandt an Ministerpräsident Cyrankiewicz (27. Oktober 1970)¹

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ihr Schreiben vom 17. Oktober 1970 habe ich mit dem Ernst und der Aufmerksamkeit gelesen, die jedem Meinungs austausch in diesem bedeutsamen Abschnitt der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gebühren.

Ich teile Ihre Auffassung, daß - wie Sie es ausdrücken - die Vollziehung des historischen Durchbruchs in den Beziehungen zwischen unseren Staaten und das Betreten des Weges zur Normalisierung nur als Resultat einer klaren politischen Entscheidung möglich ist. Ich kann Ihnen versichern, daß die Bundesregierung diese Entscheidung für ihren Teil bereits getroffen hat. Wenn sich dennoch die Verhandlungen so schwierig gestalten, so ist das nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, was in den letzten 31 Jahren in den Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk vorgefallen ist. Geht es doch nicht nur um die Formulierung einzelner Vertragsbestimmungen, sondern um die Überwindung der Vergangenheit und um die Schaffung von Grundlagen für eine bessere, friedliche Zukunft. Das erfordert aber volle Aufrichtigkeit auf beiden Seiten und die Vermeidung aller Mißverständnisse.

In diesem Sinne begrüße ich Ihre offenen Darlegungen, in der gleichen Gesinnung möchte ich Ihnen antworten.

Die Verantwortung für das zukünftige Verhältnis zwischen unseren Völkern erfordert, daß ein Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten auf beiden Seiten als ausgewogen angesehen wird. Die Verhandlungen müssen also zu einem wirklichen Ausgleich führen. Es muß daher auch ein Weg gefunden werden, der den Hoffnungen und Wünschen vieler in Polen lebender Menschen Rechnung trägt und ihnen die Wahl ihres ständigen Aufenthaltsortes freistellt. Die Bundesregierung bringt dieses humanitäre Anliegen vor in der Überzeugung, daß die polnische Regierung Verständnis für die Bedeutung dieser Frage haben und im Rahmen der Verhandlungen eine angemessene Lösung finden wird.

Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß der Friede in Europa nur dann sicherer wird, wenn die bestehenden Grenzen als unverletzlich anerkannt werden. Sie ist bereit, im Rahmen ihrer Souveränität entsprechende vertragliche Verpflichtungen auch gegenüber Polen zu übernehmen, ebenso wie sie es bereits in anderen vertraglichen Vereinbarungen getan hat. Diese Souveränität ist aber begrenzt. Die Bundesregierung ist in dem bereits erwähnten Interesse, Mißverständnisse zu vermeiden, verpflichtet, der polnischen Regierung gegenüber diese Grenzen ihrer Handlungsfreiheit darzulegen.

Sie hält eine entsprechende Formulierung des Vertragstextes und die Absprache über den Wortlaut einer Note der Bundesregierung an die drei Westmächte, die der polnischen Regierung zur Kenntnis zu bringen ist, für notwendig, um diese nun einmal gegebene Rechtslage zu respektieren. Ich entnehme Ihrem Schreiben die Bereitschaft, den Wortlaut einer solchen Note ebenfalls zum Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen zu machen, um eine unterschiedliche Interpretierung unseres Vertrages auszuschließen.

Die Einzelheiten der Formulierungen werden bei den Gesprächen zu erörtern sein, zu denen mein Freund Walter Scheel, der Bundesminister des Auswärtigen, in Kürze nach Warschau kommen wird.² Dabei wird er Ihrer Delegation die Auffassung der Bundesregierung, wie sie in deren öffentlichen Erklärungen zum Ausdruck gekommen ist, eingehend erläutern.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß es allein auf unseren Vertrag ankommt. Ich möchte es deswegen unterlassen, auf Ausführungen hinzuweisen, die in den letzten Wochen von polnischer Seite gemacht worden sind und die nicht dazu geeignet waren, die bevorstehenden Verhandlungen zu erleichtern.

Seien Sie überzeugt, Herr Ministerpräsident, daß meine Regierung und der überwiegende Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland den ehrlichen Wunsch hat, den Ausgleich mit Polen zustande zu bringen, damit auch die Menschen unserer beiden Staaten nach den Jahren der Feindseligkeit und des

Schweigens wieder in ein Gespräch kommen, das einem friedlichen Zusammenleben und freundschaftlichen Beziehungen den Weg ebnet. Die Last der Vergangenheit ist Verpflichtung für die Zukunft. Ich vertraue darauf, daß die polnische Delegation von der gleichen Gesinnung geleitet sein wird, mit der Minister Scheel nach Warschau kommt.

In Erwidern Ihrer persönlichen Grüße zeichne ich mit dem Ausdruck meiner größten Hochachtung

gez. Brandt

1 Durchdruck

2 Die Verhandlungen des Bundesministers Scheel mit dem polnischen Außenminister Jedrychowski fanden vom 3. bis 14. November 1970 statt.

NL Brandt, Bestand Bundeskanzler, Box 57